Ortsumgehung L 821n legt weiterhin die Nerven blank

Beim ersten Hinhören klingt der Antrag von SPD und Grünen harmlos bis eigentlich selbstverständlich: Die Verwaltung solle verkehrslenkende Maßnahmen entwickeln, die den Schwerlast aus Bergkamener Wohngebiete herausholen sollte. Trotzdem führte dieser Antrag am Donnerstagabend zu einer rund einstündigen Diskussion im Bergkamener Stadtrat. Um es vorwegzunehmen: Er wurde mit großer Mehrheit beschlossen.

Aufforderung zum Bau der L 821n an der Kampstraße in Weddinghofen.

Der Anlass zur emotionalen Aufregung steckt in der Begründung. Nach Einschätzung der Grünen und der SPD wird der Bau der L821n wegen der Finanzlage des Landes gar nicht oder erst in späteren Jahren kommen. Diese Aussage habe der Landesverkehrsminister vor Ort erklärt und später auch schriftlich bestätigt. Deshalb müsse man jetzt nach alternativen verkehrslenkenden Maßnahmen suchen.

Anders beurteilen CDU-Fraktionschef Thomas Heinzel und CDU-Parteichef Marco Morten Pufke die Lage. In ihren Augen seien die Chancen für den Bau der L821n noch nie so groß wie heute, erklärten beide. Der Antrag von SPD und Grünen sei deshalb ein

Signal zur Unzeit. Er könnte so verstanden werden, als wolle Bergkamen die Umgehungsstraße nicht mehr.

Hoffnung schöpft die CDU durch einen Vorschlag des RVR für den Bau von neuen Landesstraßen in NRW in 2016. Auf diese Miniliste befinden sich drei Neubauprojekte: zwei im Rheinland und eine in Westfalen, eben die L821n. Es sind die einzigen Neubauprojekte in NRW, für die Baurecht besteht.

Über diesen Vorschlag der RVR-Verwaltung stimmt übrigens am heutigen Freitag (18. September) die RVR-Versammlung ab. Vorher soll, so die Order des Regionalverbands, Technischer Beigeordneter Dr. Hans-Joachim Peters, telefonisch mitteilen, wie die Abstimmung im Bergkamener Stadtrat verlaufen ist. Dies will Peters, wie er im Stadtrat erklärte, nicht ohne Erläuterungen tun. Einerseits ginge es sich nur um verkehrslenkende Maßnahmen und nicht um Baumaßnahmen. Andererseits stehe weiterhin der Ratsbeschluss, der den Bau der L 821n fordert.

Peters geht davon aus, dass jetzt mit Straßen NRW über solche verkehrslenkende Maßnahmen mit Blick auf die Schulstraße verhandelt werden können. Maßnahmen wie die Einschränkung des Lkw-Verkehrs, das Verbot für den Transport gefährlicher Stoffe oder ein generelles Tempo 30 seien damals, als die Ortsdurchfahrt mit Landesmitteln ihr heutiges Gesicht erhalten worden, kategorisch abgelehnt worden. Peters glaubt, dass jetzt mit Straßen NRW über solcher verkehrslenkenden Maßnahme gesprochen werden könne.